

Europa versagt an vielen Fronten

2. Teil einer dreiteiligen Serie

Von

Heiner Flassbeck

WuM, April 2004

Warum ist Europa bisher wirtschaftlich und politisch nicht erfolgreich? Woran leidet Europa? Ist es die Vielfalt, politische Eigenbrötelei oder die mangelnde Bereitschaft der Politiker, Macht und Verantwortung nach Brüssel zu verlagern? Oder gibt es tiefer liegende Fehlentwicklungen, die gar nicht Europa geschuldet sind, sondern nationalen Eigenheiten, die Europa nur von den Nationalstaaten übernommen hat oder ihm gar von unverantwortlichen Politikern aufoktroiert worden sind.

Ich hatte schon im ersten Teil angedeutet, dass das wirtschaftspolitische Versagen der Europäischen Union kein rein europäisches Phänomen ist. Schon Deutschland war der Verantwortung, die ihm nach dem Ende des globalen Währungssystems von Bretton Woods zufiel, nicht gewachsen. Daneben gibt es aber ein spezifisch europäisches Versagen. Die Unfähigkeit nämlich, die Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben in Europa auf eine transparente und gerechte Basis zu stellen. Hier ist es nicht Deutschland, das versagt, sondern es sind die anderen. Es versagen diejenigen, die nicht bereit sind, Lasten mit zu tragen, obwohl sie dazu durchaus in der Lage wären; und es versagen diejenigen, die immer noch für große Geschenke aus Brüssel kämpfen, obwohl sie derer längst nicht mehr bedürfen.

Den ersten Komplex muss ich hier nicht im Detail ausführen. Ich habe in einer Serie zur Einführung des Euros an dieser Stelle gezeigt, dass die monetäre Verfassung Europas ungeeignet ist. Nicht der Euro ist das Problem, sondern die Institutionen der Währungsunion und deren Kontrolle durch die europäische Kommission. Die gesamtwirtschaftliche Politik versagt in den letzten drei Jahren kläglich, weil die monetäre Verfassung Europas mit der Europäischen Zentralbank (EZB) im Mittelpunkt in weiten Teilen ein Abziehbild der Deutschen Bundesbank ist.

Damit ist die entscheidende Rolle der monetären Stabilisierung unbesetzt. Die alleinige Fixierung der EZB auf die Bekämpfung der Inflation hat mittlerweile zu nur noch grotesk zu nennenden Verhältnissen in Europa geführt. Seit Monaten reagiert die Zentralbank auf eine Stagnation der Konjunktur, die in ihr drittes Jahr geht, nur noch mit Appellen an die Regierungen, endlich ihre Hausaufgaben zu machen, die „Reformen“ zu beschleunigen und die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Ob die „Reformen“ unmittelbar deflationäre Wirkungen haben, ob die Versuche einer permanenten Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit die internationale Arbeitsteilung nachhaltig erschüttern, das alles spielt im Kalkül dieser unabhängigen und nur auf eine Ziel verpflichteten Institution keine Rolle.

Ob weitere Versuche einer Verminderung öffentlicher Defizite gegen die Konjunktur Erfolg haben können, nachdem praktisch alle Regierungen damit gescheitert sind, interessiert offenbar in Frankfurt und in der die EZB uneingeschränkt unterstützenden Kommission niemanden. Folgerichtig hatte die Kommission nichts anderes zu tun, als den europäischen

Gerichtshof anzurufen, als sich die Finanzminister im vergangenen Dezember über ihre restriktiven Defizitaufgaben hinwegsetzten. Das muss man sich vorstellen: Die Finanzminister fordern das Recht ein, eine Politik zu machen, die in der gesamten Welt als alternativlos im Falle einer anhaltenden Schwächephase der Wirtschaft gilt. Die Kommission aber, mit geistiger Unterstützung der EZB sicherlich, beharrt auf einer pro-zyklischen Politik, obwohl diese gerade in fast allen Ländern gescheitert ist. Man kann Hans Eichel ja vieles vorwerfen, aber doch nicht, dass er nicht versucht hätte, durch massives Gürtel-enger-Schnallen die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Kein Finanzminister vor ihm hat mit solcher Rigorosität in Besitzstände eingegriffen, keiner hat die Ministerkollegen derart an die Kandare genommen wie der Sparmeister aus Hessen. Die geplanten Ausgaben des Bundes sind in den letzten drei Jahren immer weit hinter dem erwarteten Wachstum der Wirtschaft zurückgeblieben. Auch der beliebte Vorwurf, er hätte die guten Jahre nicht zum Sparen genutzt, ist abwegig: 1999 und 2000 als die Konjunktur lief, sind die staatlichen Defizite deutlich zurückgegangen und Eichel wurde gefeiert.

Wenn es nach den Advokaten des Stabilitätspaktes bei der EU in Brüssel und bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt geht, hätte die Eichelsche Sparpolitik direkt ins Paradies der staatlichen Schuldenfreiheit geführt und nicht in den Schuldturm. Nach den Vorstellungen, die von maßgeblichen Mitarbeitern der Kommission und der Zentralbank landauf, landab verkündet werden, honoriert der Bürger nämlich die Sparbemühungen, die der Staat unternimmt, durch eigene Mehrausgaben, gleicht also aus, was der Staat an Sparanstrengungen unternimmt.

Diese modernen Eurokraten berufen sich dabei auf eine uralte Theorie, die dem vor 200 Jahren wirkenden britischen Ökonomen David Ricardo zugeschrieben wird. Diese Ricardo-Doktrin beruht auf der geradezu lächerlichen Fiktion, der Durchschnittsbürger wüsste aufgrund eines Blickes auf die heutige Entwicklung der Staatsausgaben einzuschätzen, wie groß seine Steuerbelastung in 10 oder 20 Jahren sein wird. Mehr noch, man nimmt an, er könne aus der zukünftigen Steuerbelastung ableiten, wie viel er heute konsumiert oder spart, obwohl er über sein Gesamteinkommen in der Zukunft rein gar nichts weiß. Dass die wichtigsten wirtschaftspolitischen Institutionen in Europa mit einer solchen These operieren, ist so, als ob die Chirurgen in der Charité bei ihrer Arbeit unterstellen, der menschliche Kreislauf sei durch keinerlei Schock aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Der zweite Komplex, die Finanzierung der Europäischen Union, ist noch heikler. Man bringt das Problem - fast ohne Übertreibung auf den Punkt – wenn man sagt, die europäische Union existiert nur, weil Deutschland sie finanziert. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin wäre die Finanzierung der EU -15 beim Festhalten am Status Quo der Finanzierungsmodalitäten noch im Jahre 2013 von einer extremen Schieflage gekennzeichnet. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, würde Deutschland, obwohl schon lange nicht mehr reichstes Land, im Jahre 2013 über 70 Euro in einer Netto-Rechnung zu Finanzierung der Union beitragen. Mehr zahlten nur die wesentlich reicheren Luxemburger (174 Euro) und England und Schweden (mit 71 bzw. 79 Euro). Frankreich und Italien, die ähnlich groß wie Deutschland sind und nur ein wenig geringeres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, zahlen in dieser Netto-Rechnung fast nichts.

Die großen Empfängerländer sind kein Geheimnis: An der Spitze, und das wäre in der Tat der größte Skandal, stünde nach dieser Rechnung auch im Jahre 2013 noch immer Irland, das beim Pro-Kopf-Einkommen schon im Jahr 2002 Deutschland und die anderen großen Geberländer eindeutig überholt hat. Danach folgten Griechenland, Portugal und Spanien. In dieser Status Quo Rechnung änderte sich durch die Erweiterung auf 25 Mitglieder an den

Relationen nur wenig. Während die Iren, Griechen und Portugiesen unter den alten Mitgliedern immer noch die größten Empfänger wären, würden die neuen Mitglieder durch die Bank in Höhe von 300 Euro oder mehr profitieren. Zu zahlen hätten das überwiegend die bisherigen Zahlmeister (Deutschland mit 143 und England mit 124), wengleich nun Frankreich (42) und Italien (71) ebenfalls einen erheblichen Beitrag zu erbringen hätten.

Wie die nächsten Finanzverhandlungen ausgehen, kann man nicht vorhersehen. Gemessen an den letzten Verhandlungen aber, die 1999 in Berlin stattfanden, kann man abschätzen, wo die Konfliktpotentiale liegen. Schon damals lagen alle Knackpunkte auf dem Tisch: Die unverhältnismäßig hohe Belastung Deutschlands und Englands, die geringe Bereitschaft Frankreichs und Italiens, sich an den Nettobelastungen zu beteiligen und die beharrliche Weigerung Spaniens und Irlands auch nur einen Millimeter nachzugeben, obwohl ihre positive Netto-Position durch nichts mehr zu rechtfertigen war.

Der politisch entscheidende Punkt solcher Verhandlungen ist leicht zu verstehen. In den vergangenen 50 Jahren, und um diesen Zeitraum geht es in der Tat, war Deutschland immer bereit, den Großteil der Nettotransfers zu zahlen, weil es aus Gründen der Vergangenheitsbewältigung ein weit größeres Interesse an der europäischen Einigung hatte als alle anderen Kandidaten. Hinzu kam wohl das Gefühl, wirtschaftlich von der europäischen Einigung in einem Maße begünstigt worden zu sein, dass man leicht und gerne ein wenig von diesem Erfolg mit den anderen teilte.

Das alles ist heute anders. Vergangenheitsbewältigung ist kein tragendes Thema in Europa mehr und wirtschaftlich ist Deutschland schon lange nicht mehr im Vorteil. Das Gegenteil von Letzterem ist sogar richtig: Deutschland ist beim Lebensstandard gegenüber vielen kleineren Ländern zurückgefallen und seine gesamtwirtschaftlichen Probleme sind ebenso groß wie in Italien oder in Frankreich.

Auch das beliebteste aller Argumente zieht nicht mehr; die Behauptung nämlich, Deutschland profitiere mehr als alle anderen Länder von einem größeren Markt im Osten oder im Süden, weil es in Sachen Exporte besser sei als die übrigen Mitgliedstaaten. Richtig ist zwar, dass Deutschland noch immer große Exporterfolge vorweisen kann, dass es allerdings systematisch in stärkerem Maße profitiert als Italien und Frankreich, die beiden Länder, die – gemessen an ihrer Größe und Wirtschaftsstärke viel zu wenig zur Finanzierung der EU beitragen, lässt sich nicht nachweisen. Hinzu kommt, dass man in der globalisierten Wirtschaft mit mobilem Kapital gerade diejenigen Arbeitsplätze an Niedriglohnländer verlieren, die im Handel mit diesen Ländern besonders erfolgreich sind. Diesen Effekt müsste man auf jeden Fall gegen rechnen, wenn man Nutzen zusätzlichen Handels errechnen will.

Folglich ist die einseitige Finanzierung der EU durch Deutschland heute einfach nicht mehr gerechtfertigt. Kommt bei den nächsten Finanzverhandlungen nicht eine gleichmäßigere Finanzierung der Erweiterungslasten heraus, wird Deutschland auch politisch mehr und mehr eine Führungsrolle beanspruchen. „Schuld“ wegen Vergangenheitsbewältigung ist eben kein Argument für Demut mehr. Deutschland in der Rolle des in jeder Hinsicht dominanten Landes ist aber eine Variante, die weder Deutschland noch Europa auf Dauer gut bekommt.

Lesen Sie im nächsten Heft, wie gewaltig die wirtschaftlichen Probleme einiger Beitrittsländer sind und wie man sich eine politische Zukunft der großen Union vorstellen kann.